

# KOMMUNISMUS

## KOMMUNISMUS 3

# „Kommunismus“ und Kommunismus in Deutschland

Die *partei Marx* - von der Opposition zum  
Widerstand

Veränderte und durch Anmerkungen ergänzte Fassung der persönlichen politischen Erklärung von Ulrich Knaut zur Beendigung der Zusammenarbeit mit einer Gruppe der Bochumer Linken [Herbst 2008].

## **„Kommunismus“ und Kommunismus in Deutschland**

### *Die partei Marx* – von der Opposition zum Widerstand

Das um die Jahrhundertwende unter dem Namen *partei Marx* gestartete Projekt ist in seiner bisherigen Form gescheitert; genauer gesagt, der auf der Home page gleichen Namens unternommene Versuch, mit der im Strudel der Auflösung der Sowjetunion verschwindenden west-deutschen Rest-Linken eine Debatte über deren Ursachen zu führen.

Dieser Versuch hatte sich zunehmend als fragwürdig herausgestellt, nachdem diese Linke im Frühjahr letzten Jahres [2007] mit der im ‚wiedervereinigten‘ Deutschland sich reorganisierenden und modernisierenden Nomenklatura der untergegangenen DDR zur Partei Die LINKE verschmolzen ist, bzw. wo dieser Verschmelzungsprozeß noch nicht restlos gelang, die west-deutsche Linke, schrittweise politisch und ideologisch ‚ausgekauft‘ wird. Das Hauptziel dieser ‚Wiedervereinigung‘ von LINKS bestand und besteht weiterhin darin, die west-deutsche Sozialdemokratie unter dem Banner des ‚Demokratischen Sozialismus‘ in einer gesamtdeutschen Sozialistischen Einheitspartei aufgehen zu lassen. Oder anders formuliert: Die bisher mit dem Anspruch einer bürgerlichen Arbeiterpartei auftretende und sich als ‚Volkspartei‘ verstehende Sozialdemokratie in eine ‚marxistische‘ – was das auch immer heißen mag – Massenpartei zu verwandeln.

Der entscheidende Grund für das willfährige Verhalten der west-deutschen Rest-Linken gegenüber der modernen DDR-Nomenklatura besteht darin, daß jene, als sie noch über die ‚Diskursherrschaft‘ verfügte, ihre sozialistischen Träume zwei Jahrzehnte lang in ihrer west-deutschen Abgeschiedenheit vor sich hinzuträumen durfte und, abgekoppelt von der Realität des im gespaltenen Deutschland mit dem ‚Westen‘ koexistierenden Realsozialismus, der Illusion anhing, daß sich auch nach der von der deutschen Bourgeoisie erzwungenen staatlichen ‚Wiedervereinigung‘ Deutschlands daran nicht allzuviel ändern würde. Dieser Zug ist nun abgefahren.

Mit dem ‚totalen Sieg‘ der alten Nomenklatura über die west-deutsche Linke geht jede Form von Opposition innerhalb der ‚gesamtdeutschen‘ Linken – auch die von der *partei Marx* mit den besten politischen Absichten betriebene – automatisch, ob man dieser Einheitspartei an-

gehören will oder nicht, in so etwas wie in eine ‚innerparteiliche Opposition‘ über, d.h. daß beide Seiten bei allen sonstigen (mit der Zeit sich abnutzenden) möglichen Differenzen immer stärker politisch an einem Strang ziehen.

Diese Einheit hat mit der einseitigen und mehr oder weniger offen vollzogenen Parteinahme der ‚wiedervereinigten‘ deutschen Linken für die Annexion von Teilen Georgiens durch Rußland ihren eindeutig sozialimperialistischen Charakter offenbart; sie aufrechtzuerhalten, würde für das Projekt *partei Marx* und das weitere Nachdenken über die Vergangenheit des Kommunismus, von dem seine Zukunft abhängt, eine tödliche Umarmung bedeuten. Dagegen hat die hinter dem Banner des offenen Völkerrechtsbruchs unter der Führung der linken Nomenklatura (von der *jungen Welt* über das *Neue Deutschland* bis zur *UZ*) sich sammelnde gesamtdeutsche LINKE die politischen Grenzen ihrer ‚westlichen‘ Modernisierung kenntlich und klar gemacht, daß sie es nicht als ihre Aufgabe ansieht, »**die Arbeiterklassen auf den politischen Klassenkampf vorzubereiten**«,<sup>1</sup> sondern daß sie diese, soweit sie eine solche Aufgabe überhaupt wahrzunehmen vorgibt, den Weltherrschaftsinteressen einer der miteinander konkurrierenden alten oder neuen imperialistischen Großmächte unterzuordnen bereit ist.

In diesem Licht betrachtet ist das, was Die LINKE heute ihren sozialdemokratischen Wählern als ‚demokratischen Sozialismus‘ verkauft, nichts anderes als der sattsam bekannte Sozialimperialismus aus einer Zeit, als die Verbreitung des Sozialismus noch mit der Theorie von der beschränkten Souveränität der Staaten, die mit der Sowjetunion – in den allerwenigsten Fällen freiwillig – Freundschaft‘ geschlossen hatten (Breshnew-Doktrin), verbunden war. Wenn auch der russische Nachfolgestaat heute keinen Sozialismus, sondern strategische Rohstoffe wie Öl, Gas oder Nickel exportiert, der Imperialismus ist geblieben.

Diese Denkweise hat Wladimir Putin durch sein tiefes Bedauern über das Verschwinden der alten Sowjetunion als »**der größten Tragödie des 20. Jahrhunderts**« zum Ausdruck gebracht<sup>2</sup> und auf der *Münchener Sicherheitskonferenz* im Herbst letzten Jahres seinen westli-

---

<sup>1</sup> DEBATTE 1 Ulrich Knaudt: Die unscharfe Relation Marx/’Marxismus‘ – Reflexionen über Revolution und Konterrevolution in Deutschland, 25

<sup>2</sup> ...die von **Dmitrij Rogosin, Ständiger Vertreter Rußlands bei der NATO**, in einem FAZ-Kommentar vom **20.08.2008** in Erinnerung gerufen wurde, worin er sibyllinisch hinzugefügt: »**Nicht allen im Westen hat diese**

chen und östlichen ‚Partnern‘ unzweideutig signalisiert, daß Rußland vorhabe, seine alte Rolle als Welt-Hegemonialmacht wieder einzunehmen: **»Ständig wird Rußland – also wir – über Demokratie belehrt. Aber irgendwie wollen die, die uns belehren, selbst nicht lernen. Ich bin der Ansicht, daß das unipolare Modell in der Welt von heute nicht nur inakzeptabel, sondern auch unmöglich ist.«<sup>3</sup>**

Wenn aber das **»unipolare Modell in der Welt von heute«** für die russische Regierung nicht mehr akzeptabel oder sogar **»unmöglich«** ist, welches **»Modell«** würde Herr Putin dann vorschlagen? Etwa das von Jalta, worin die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition sich die Nicht-Einmischung in ihre ‚Einflußsphären‘ wechselseitig zusicherten, eine Vereinbarung, die Ende der 80er Jahre kommentarlos in sich zusammengebrochen ist? Und wo würden die von Herrn Putin nach der Annexion von Teilen Georgiens von neuem reklamierten ‚Einflußsphären‘ in Hinblick auf das ‚nahe‘ (oder fernere) ‚Ausland‘ dann enden...? Als ‚alternatives‘ **»Modell«** bliebe eigentlich nur die Rückkehr zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen übrig, auf das sich die Siegermächte nach der Niederschlagung des Hitler-Faschismus in der Zeit um das Jahr 1945 geeinigt haben. Doch ist dieses Recht ohne die dahinterstehende geballte Kraft revolutionärer Völker bekanntlich wohlfeil und wird von der um die Weltherrschaft konkurrierenden internationalen Bourgeoisien immer nur solange akzeptiert, wie ihnen nach einer Zivilisationskatastrophe das Wasser bis zum Hals steht.

Aber gleichgültig, ob die wieder auferstehende Supermacht von ihren imperialistischen Konkurrenten in Zukunft dazu gebracht werden wird, zum Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen der aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangenen souveränen Staaten zurückzukehren, oder ob diese, was leider viel eher zu vermuten ist, weitere post-sowjetische und europäische Nachkriegsgrenzen in Frage stellt, die LINKE und alle, die ihr mehr oder weniger ‚kritisch‘ in sozialimperialistischer Nibelungentreue auf diesem Kurs folgen, haben zunächst einmal erkennbar Position bezogen und stehen heute etwa da, wo einst die deutsche Sozialdemokratie die kaiserlichen Kriegskredite im Jahre 1914 bewilligt hat – nur daß es diesmal

---

**Auffassung gut gefallen, doch es bleibt eine Tatsache – bis jetzt erleben wir die Folgen dieser ohne Zweifel globalen Katastrophe. Die heutige Situation in Georgien und Südossetien ist ein leuchtendes Beispiel dafür.«**

<sup>3</sup> Wladimir W. Putin: *Speech at the 43rd Munich Conference on Security Policy* (02.10.2007), <http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?id=179&spr...>

nicht die eigene Bourgeoisie ist, vor der sie ihren Kotau macht, sondern diejenige eines imperialistischen Konkurrenten (was bei Teilen der am Export deutscher Infrastrukturprodukte und dem Import russischer fossiler Energieträger orientierten deutschen Bourgeoisie durchaus auf Zustimmung stoßen könnte). Oder anders herum betrachtet: Die russische Regierung hat sich mit der Annexion von Abchasien und Südossetien völkerrechtlich in den gleichen politischen Sumpf begeben, in dem die amerikanische Supermacht nach dem ebensowenig legitimierbaren Einmarsch in den Irak versunken ist. Darum darf sich jene auch nicht wundern, wenn selbst der Präsident Weißrußlands, einer ihrer treuesten im restaurativen Pansowjetismus fest verbundenen Schildknappen, gegenwärtig nicht bereit ist, die annektierten georgischen Territorien völkerrechtlich anzuerkennen, und wenn gar ein weiterer Nachbar im ‚nahen Ausland‘ aus der begründeten Furcht, als nächster das Schicksal Georgiens teilen zu müssen, seine baldige Aufnahme in das ‚westliche‘ Militärbündnis anstrebt.<sup>4</sup> Aber selbst wenn die werdende großrussische Supermacht erklärte, die Annexion von Teilen Georgiens zurücknehmen zu wollen, der sozialimperialistische ‚Sündenfall‘ der deutschen LINKEN wäre damit nicht aus der Welt und daher ist anstelle von ‚innerparteilicher Opposition‘ von nun an revolutionärer Widerstand dagegen angesagt.

Daran gemessen war das Projekt *partei Marx* bisher relativ wenig erfolgreich, d.h. nur soweit,

---

<sup>4</sup> In der FAZ vom 05.09.2008 hat der ukrainische Außenminister **Wolodymyr Ohrysko** erklärt, daß nach »...den jüngsten Ereignissen in Georgien » vielen klargeworden« sei, »daß die Welt sich verändert hat, daß eine rote Linie überschritten worden ist«. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß »das russische Generalkonsulat in Simferopol [auf der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim] Pässe der russischen Föderation an ukrainische Bürger« ausgibt und die ukrainischen Behörden, ohne bisher eine Antwort zu erhalten, die russische Seite gebeten haben, sie über die Anzahl der ausgegebenen Pässe zu informieren. (Bekanntlich hat Rußland die russophile Bevölkerung Südossetiens und Abchasiens vor seinem Einmarsch nach Georgien ebenfalls jahraus, jahrein mit russischen Pässen versorgt.) Auf derartige Befürchtungen des ukrainischen Außenministers erteilte der russische Außenminister **Sergej Lawrow** in der FAZ vom 15.09. seinem Kollegen die kernige Antwort: »Eine derzeit oft gehörte These in der gegen Rußland entfesselten Propagandaschlacht ist, daß das Vorgehen Rußlands ein Signal gewesen sei, dessen Bedeutung über den Rahmen dieser konkreten Situation hinausgeht. Und in der Tat: Wer den radikalen Wandel der Welt in den letzten Jahren verschlafen hat, für den waren die Handlungen Rußlands tatsächlich eine Art „Weckruf“.« Und in der aus alten Zeiten wohlbekannten Methode der ‚dialektischen‘ Verdrehung von Ursache und Wirkung heißt es weiter: »Die Kaukasus-Krise soll skrupellos ausgenutzt werden, um einen falschen politischen Kurs zu verfolgen, der die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung der Ukraine sowie einfachste demokratische Verfahren mißachtet und der die Ukraine in die Nato drängen will.« Diese Behauptung wird mit der eindeutigen Warnung verbunden: »Wir machen keinen Hehl daraus, daß ein Nato-Beitritt der Ukraine eine tiefgreifende Krise in den russisch-ukrainischen Beziehungen nach sich ziehen würde, die auch negative Auswirkungen auf die gesamteuropäische Sicherheit hätte.« Welche bürgerliche Regierung auf der Welt würde nach derartig eindeutigen gegen sie vorgebrachten Zurechtweisungen nicht versuchen, vor dem von seinem Nachbarstaat angekündigten »radikalen Wandel der Welt« den schützenden Hafen eines konkurrierenden Militärbündnisses aufzusuchen?

wie die Reaktionen bzw. die notorischen Nicht-Reaktionen auf die von diesem ausgesandten Diskussionsaufrufe gezeigt haben, daß in der deutschen Linken (was ihren schlechten politischen Ruf bestätigt)

a) kein ernsthaftes Interesse daran besteht, bezogen auf die Geschichte der bisherigen weltrevolutionären Bewegungen eine Ursachenforschung zu betreiben, die der Sache wirklich auf den Grund und dem Übel an die Wurzeln geht, weil sich

b) alles, was sich nicht um ihren eigenen (klein-)bürgerlichen Bauchnabel dreht, von ihrer autistischen Vogel-Strauß-Politik beiseitegeschoben wird, um sich

c) entweder (wie die zu GRÜNEN mutierten MLer) der ‚westlichen‘ oder der aus der realsozialistischen Nomenklatura hervorgegangenen neuen revisionistischen Bourgeoisie anzupassen.

Von diesem negativen Demonstrationserfolg abgesehen war dieses Projekt aber vor allem deshalb illusionär, weil dabei nicht berücksichtigt wurde, daß die west-deutsche Rest-Linke schon lange vor dem Untergang der DDR zunehmend ver(klein)bürgerlicht und dadurch ihrer Widerstandsfähigkeit gegen den Revisionismus der heimatlos gewordenen neuen Bourgeoisie, die im Paket mit der abzuwickelnden DDR von der west-deutschen Bourgeoisie übernommen werden mußte, beraubt war: halb zog es sie, halb sank sie hin... in die wiedervereinigte LINKE. Heute labt sich diese (in dieser Beziehung eigentlich zutiefst bedauernswerte) Dracula-Gestalt an den letzten von der deutschen Bourgeoisie übriggelassenen Pfützen aus dem von der ‚Studentenbewegung‘ seit 1967 erzeugten revolutionären Gebräu, aus dessen Jungbrunnen sie den letzten Lebenssaft saugt, um ihren ur-, ‚stalinistischen‘ linken Sozialimperialismus am Leben zu erhalten, nachdem sie es sich wegen ‚antifaschistischer‘ Vorbehalte moralisch versagt hatte, am revolutionären Sturz der Nomenklatura durch das ‚Volk‘ der DDR teilzunehmen.

Dennoch war es bis zum August 2008 durchaus noch möglich gewesen, ausgefallenen Exemplaren dieser LINKEN einen wissenschaftlichen Diskurs über die Differenz zwischen Marx und dem ‚Marxismus‘ aufzudrängen, wie es ja auch bis zu einem gewissen Grad Sinn macht, mit geistig aufgeweckten Verfechtern der Interessen der Bourgeoisie über wissenschaftliche Themen zu debattieren.

Dieser Zug ist mit den einschlägigen redaktionellen Stellungnahmen, die im *Neuen Deutschland*, der *jungen Welt*, der *uz* u.ä. zur russischen Annexion im Kaukasus voller Verständnis für die russische Außenpolitik zu lesen sind, endgültig abgefahren. Mag es auch als durchweg ungemessen erscheinen, daß ein Staat einen eigenen momentan abgetrennten und unter UN-Verwaltung stehenden Landesteil, nachdem die Angehörigen der Titularnation durch die dort verbliebene ethnische Minderheit vertrieben wurden, überfällt, um diesen gewaltsam unter seine staatliche Hoheitsgewalt zurückzubringen. So ist es nach bürgerlichem Recht – nichts anderes ist das Völkerrecht – eigentlich Sache aller sich als zivilisiert bezeichnenden Nationen, derartige Eigenmächtigkeiten zu verurteilen und den Gewalt anwendenden Staat dazu zu zwingen, daß der status quo bis zur Lösung des Problems, wozu auch die Rückkehr der vertriebenen Mehrheitsbevölkerung in die rebellierenden Landesteile gehört, wiederhergestellt und von nun an bis zu einer endgültigen Vereinbarung respektiert wird. Eine unter imperialistischen ,Brüdern' (USA, Rußland, EU) und im legitimen Interesse Georgiens zu erfolgende einvernehmliche Lösung scheint aber von der Putin-Medwedjew-Regierung gar nicht mehr beabsichtigt gewesen zu sein, was an der Vorgeschichte des Georgien-Krieges (siehe die Ausgabe von russischen Pässen an die russophile Bevölkerung oder die Wiederherstellung einer strategisch wichtigen Eisenbahnlinie durch russische Soldaten in Abchasien usw.) deutlich und an anderer Stelle näher zu untersuchen sein wird.

Daran würde sich sehr schnell zeigen, daß die russische Regierung in den letzten Jahren nichts unversucht gelassen hat, um im Stil der alten (und neuen) Zaren die staatliche Souveränität Georgiens Stück für Stück auszuhöhlen und, nachdem der georgische Präsident auf die wachsenden Provokationen der separatistischen De-facto-Regierung Süd-Ossetiens (einer Mischung aus russischer Mafia, früherem KGB und heutigen freigestellten Silowiki) hereingefallen war, schließlich militärisch zuzuschlagen und die georgischen Landesteile durch die Anerkennung der süd-ossetischen und abchasischen Separatisten-Regierung, die um Aufnahme in die GUS nachgesucht haben, zu annektieren (um nicht zu sagen: diese heim ins wiederauferstehende großrussische Reich zu führen).

Obwohl sich Vertreter der us-amerikanischen Administration und sogar des georgischen Generalstabs von den äußerst fragwürdigen Reaktionen des georgischen Präsidenten auf die rus-

sischen Provokationen distanziert haben, ist es relativ gleichgültig, ob die georgische Regierung diesen Krieg angefangen hat oder nicht; entscheidend ist vielmehr, daß Rußland, anstatt die Verletzung der vereinbarten Abkommen über Abchasien und Ossetien einzuklagen und die entsprechenden internationalen Institutionen einzuschalten, als Reaktion (oder im Vorgriff?) auf den (zu erwartenden?) georgischen Gewaltstreich in die unterste Schublade der russischen Außenpolitik gegriffen und daraus die alte Breshnew-Doktrin wieder hervorgeholt hat. Oder wollten Medwedjew-Putin durch die zur ‚Unterstützung‘ der russischen ‚Friedenstruppen‘ nach Süd-Ossetien eingefallenen über 150 Panzer (die dort in dieser Massierung und unangemeldet ebenso wenig etwas verloren haben wie in den angrenzenden Teilen Georgiens) den staunenden West-Europäern (die Ost-Europäer sind mit derartigen Phänomenen seit Jahr und Tag vertraut) signalisieren, daß in Europa erst dann ‚Frieden‘ herrschen wird, wenn zukünftig die restlichen Grenzen der ehemaligen Sowjetunion auf ähnliche Weise wiederhergestellt worden sind?

Gleichgültig, welche Absichten diese russische Regierung mit der faktischen Annexion Abchasiens und Südossetiens verbindet und ob sie doch noch zum status quo bürgerlicher Konfliktregelung unter imperialistischen ‚Brüdern‘ zurückkehren wird, Tatsache ist, daß sich die einschlägigen Blätter der revisionistischen deutschen Linken ohne Wenn und Aber den großrussischen Standpunkt zueigen gemacht und damit zu erkennen gegeben haben, wohin mit ihr in Zukunft die Reise geht. Nicht: back to the roots, wie die *partei Marx* in einem Anfall von (im Rückblick völlig irrational erscheinenden) Erwartungen in die menschliche Lernfähigkeit erhofft hatte, sondern back to the USSR – nur daß es diesmal dabei etwas bürgerlicher, etwas ‚demokratischer‘, westlicher‘ usw. zugehen soll – eine, wie es scheint, verspätete, Konzession an Lenins ‚Testament‘, in Wirklichkeit aber nur die Verpackung, worin diese Linke notdürftig ihren post-sowjetischen Revisionismus einhüllt.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Damit sind die vergeblichen Versuche des letzten Partei- und Regierungschefs Gorbatschow gemeint, gegen Ende der 80er Jahre die im Sinkflug befindliche Sowjetunion durch die Wiederherstellung eines vom ‚Stalinismus‘ gereinigten ‚Leninismus‘ (was ein Widerspruch in sich ist) sozialdemokratisch zu revolutionieren (was einen weiteren Widerspruch in sich darstellt). In der linken Presse wird häufig an diese vergeblichen Reformversuche angeknüpft und die Illusion verbreitet, durch das bruchlose Anknüpfen an die von Lenin Ende 1922 gegen seine eigene Partei losgelassene (letzte) Selbstkritik ließe sich der schlechte Eindruck, den die ‚stalinistische‘ und post-‚stalinistische‘ Sowjetunion hinterlassen hat, einfach reparieren, ohne auf die 10 Jahre später von Stalin durchgeführte Konterrevolution einzugehen, die einen offenen Bruch mit dem berühmten Leninschen ‚Testament‘ darstellt. Siehe **STREITPUNKT 2 Warum Lenins „letzter Kampf“ gegen den linken Sozialimperialismus nicht zu gewinnen war**, 5-14; sowie **DEBATTE 1 Ulrich Knaut: Die unscharfe Relation Marx/‘Marxismus‘**, 9-19.



Auf der anderen Seite, und dies gilt es von nun an verstärkt ins Auge zu fassen, ist die deutsche Linke mit ihren Stellungnahmen zum Georgien-Krieg zur Vorhut der Appeasement-Bestrebungen innerhalb der deutschen und europäischen Bourgeoisie gegenüber der neuen Supermacht geworden, die nun endgültig vorgeführt zu haben scheint, daß sie keinesfalls vorhat, auch politisch zu ‚verwestlichen‘ und viel eher geneigt ist, auf Positionen des alten (plus neuen = Stalinschen) Zarentums zurückzukehren. Wäre dem so, geriete Deutschland wiederum ins Zentrum der großrussischen Expansionsbestrebungen in Richtung ‚Westen‘ und die revisionistische deutsche Linke würde stärker als je zuvor zum Sprachrohr des ureigentlich von Stalin geprägten ‚Antifaschismus‘. Nach dessen berühmter Erklärung sollten zwar ‚die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk (bestehen) bleiben‘, wenn... – dieses ‚Volk‘ im Austausch für die Garantie seines Existenzrechts dafür gesorgt hätte, daß der ‚Westen‘ aus ganz Europa verschwindet. Ähnlich lautende Garantieerklärungen haben auch schon andere Weltherrschaftsaspiranten den Deutschen gegeben, nur daß sie in den 30er Jahren des verflossenen Jahrhunderts politisch umgekehrt gepolt waren. Dazu gehören auch die Erfahrungen, die Europäer, Nordamerikaner und Israelis am 11. September 2001 mit derartigen Garantieerklärungen machen durften.

Nachdem die Herren Mewedjew-Putin in Georgien den Rubikon überschritten haben und die revisionistische deutsche Linke diesen Völkerrechtsbruch als ‚legitime Selbstverteidigungsmaßnahme‘ akzeptiert hat, sind von dieser Seite durchaus ähnlich geartete Garantieerklärungen gegenüber dem von Stalin so hochgeschätzten ‚deutschen Volk‘ zu erwarten, das bisher mit eher gespielter Gleichmut die (für die ‚Westdeutschen‘ immer noch gewöhnungsbedürftigen) Rundumschläge mit der ‚Antifa‘-, ‚Antira‘- und Anti-‚Kommunismus‘-Keule über sich hat ergehen lassen, (aber warum sollte es den ‚Westdeutschen‘ in dieser Beziehung nicht auch einmal genau so schlecht ergehen wie einstmals ihren ‚Brüdern und Schwestern‘ in der früheren DDR?). Die neue Qualität dieser Rundumschläge wird, folgt man deren Logik, wahrscheinlich darin bestehen, dem eingeschüchterten Lohnsteuerzahler, soweit er sich nicht mit ‚den Rechten‘ oder gar den Neonazis gemein macht, zu verdeutlichen, daß er wegen seines mit der Muttermilch eingesaugten ‚faschistischen‘ und ‚antikommunistischen‘ Erbguts ganz einfach zu zahlen und das Maul zu halten und ohne Murren die sozial benachteiligte Wähler-Klientel der LINKEN auszuhalten und zu versorgen hat. Die bisher in einzelnen Bun-

desländern an die Macht gelangten ‚LINKS-Regierungen‘ haben, wenn auch vorerst eher leitreterisch, diesem Stalinschen ‚deutschen Volk‘ einen sanften Vorgeschmack dessen vermittelt, was es von einer unter Beteiligung der LINKEN zustande gekommenen Bundesregierung zu erwarten hätte: eine neue, und diesmal sogar eigenhändig gewählte, Besatzungsherrschaft – nur diesmal ohne Besatzungsmacht.

Der von der *partei Marx* ursprünglich gestartete Versuch, mit der deutschen Linken über eine Alternative zu dem Weg, den sie nun gemeinsam mit den Herren Putin-Medwedjew eingeschlagen hat, ins Gespräch zu kommen, ist damit beendet. Eine Fortsetzung derartiger Debatten wird in Zukunft nur noch mit denjenigen Linken einen Sinn machen, die zumindest ihre berechtigten Zweifel an dieser Entwicklung haben, ohne sich gleich, wie z.B. die ‚Antideutschen‘ oder die Bakunisten, nur in entgegengesetzter Richtung, dies tun, mit einem Imperialismus gegen den konkurrierenden Imperialismus, mit einer der neu entstehenden Weltmächte (Rußland, China, dem Islamismus wahabitischer oder schiitischer Prägung) gegen die alte us-amerikanische Weltmacht (oder umgekehrt) gemein zu machen; die also mit der *partei Marx* im wesentlichen die Ansicht teilen, daß es an der Zeit ist, von der Opposition **in** der Linken zum Widerstand **gegen** deren linken Sozialimperialismus überzugehen.

Unter dieser Voraussetzung bleibt die Aufgabe bestehen, die theoretischen Debatten, die ursprünglich **in** der Linken (wenn auch ohne große Resonanz – was heute niemanden mehr verwundert) geführt werden sollten, unter den neuen Bedingungen fortzusetzen und die alte Unterscheidung zwischen den ‚Widersprüchen im Volk und den Widersprüchen zwischen uns und dem Feind‘ zu reaktivieren, eine Unterscheidung die von der revisionistischen Linken immer schon gegen das ‚Volk‘, wenn sich dieses ihren Ansprüchen verweigerte, gewendet wurde. Darin kommt auch unmißverständlich zum Ausdruck, daß die Differenzen, die die *partei Marx* (vergeblich) versucht hat, **in** der Linken zu debattieren, nun da sich die Linke politisch auf den Weg des Sozialimperialismus begibt, von nun an anderer Natur sind als ursprünglich angenommen.